

Arbeitstreffen von pM und ccb (22.04.-23.04.2023)

Diese Textsammlung enthält das (Teil-)**Protokoll des letzten Arbeitstreffens** vor der Selbstauflösung des Arbeitszusammenhangs von pM und ccb in einer stichwortartigen Zusammenfassung des zweiten Vortrags:

- „Moskau-Connection, Entspannungspolitik“

(s.a. den Vortrag: „Moskau-Connection und Entspannungspolitik“ in: parteimarx.org. KOMMUNISMUS)

und in Auszügen das Protokoll der anschließenden Diskussion.

In **Brainstorming** werden nachfolgend weitere Überlegungen zu einem auf dem AT vorgeschlagenen Tribunal „Gegen Putins faschistischen Krieg in ‚der‘ Ukraine“ diskutiert.

Stichworte und Fragmentarisches war ursprünglich als Einleitung zu dieser Textsammlung gedacht, dient aber nun als erweitertes Nachwort.

- Dank an die Protokollführung für das sorgfältig ausgearbeitete Protokoll.

1

Organisatorisches

1. Was aus der Kommunistischen Korrespondenz werden soll. – In ihrer bisherigen Form kann sie als gemeinsames Projekt nicht weiter existieren.

(...)

Wir haben uns darauf geeinigt, das Projekt der Kommunistischen Korrespondenz wie bisher fortzuführen, also in Form von E-Mail-Austausch und Arbeitstreffen (ggf. mit Protokollen) fortzusetzen. Der Blog soll auf die gebührenfreie Variante umgestellt werden. Das Bisherige ist dort aufgehoben und dokumentiert.

2. Kommunistische (E-Mail-)Korrespondenz

Mit Blick auf das unter Punkt 1 Angeführte und aufgrund der momentanen politischen Situation halten wir es nicht für angebracht, die interne Diskussionen der Öffentlichkeit weiter durch Veröffentlichung der E-Mail-Korrespondenz und von Protokollen zugänglich zu machen.

3. Gemeinsame Erklärungen zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Es wurde noch besprochen, ob nun, nach jahrelangem Warnen vor der Gefahr, die vom Putinismus und dem russischen Imperialismus ausgeht, nicht auch konsequenterweise eine gemeinsame Erklärung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verfasst werden sollte.

Festgehalten wurde, dass die partei Marx ihre Ehre dadurch gerettet hat, dass sie schon sehr früh auf die Gefahr hingewiesen hat, die vom russischen Faschismus ausgeht. Man könnte also fragen, warum jetzt noch mal eine Erklärung zu machen ist. Sie würde nur das, was bisher gesagt wurde in zugespitzter Form enthalten. Eine ausführliche Analyse hätte einen größeren Umfang.

2 Die Moskau-Connection und die Entspannungspolitik

Vortrag

Über das Buch:

- Kein Aufschluss über Ukraine-Krieg
- Nichts Historisches über Ursachen des Krieges
- Journalistische Arbeit, Genre-Spezifik: Feuilleton, Enthüllungsliteratur
- Historiographische Maßstäbe verfehlt, aber auch nicht in der Absicht der Autoren liegend
- Dagegen Einblick in „Schröder-Netzwerk und deutsche Abhängigkeit vom russischen Gas“
- Keine Skandalgeschichten

1. Kapitel: Bedeutung Hannovers für die SPD („Erzdiözöse der Partei“)

- Bedeutung Kurt Schumachers
- „Deutschlands Weg in die Abhängigkeit von Moskau“ nimmt von hier seinen Ausgang
- Schröder als Juso-Vorsitzender; Moskau-Besuch: Standard für Jungpolitiker, die in der Partei etwas werden wollten (vgl. Juso-Chef Olaf Scholz bei der SED).
 - o „Alle Wege der Jusos führen nach Moskau“

2. Kapitel: Paralleler Aufstieg Putins

- Männerfreundschaft; gesucht und gefunden
- Putin mangelt es an moderner westlicher Technik, um Rohstoffquellen auszubeuten; der dt. Wirtschaft mangelt es nach Niedergang der Ruhrindustrie zunehmend an Gas (das dort vor allem bei der Koksproduktion gewonnen wurde)
- Erdgas-Röhren-Geschäft funktioniert bis 1990 einwandfrei;
- Schröder sah Stamokap in DDR und SU teilweise verwirklicht
- Politische Grundlage der Affinität zwischen Putin und Schröder basierte auf Entspannungspolitik und deren Wurzeln in der Westberliner SPD
- Schröder und Brandt wollen je auf ihre Weise den östlichen Sozialismus und den westlichen Kapitalismus vermenschlichen
 - Beide nehmen die imperiale Tradition des großrussischen Imperialismus nicht zur Kenntnis
 - Für Brandt kommt Mauerfall zu früh, um sein Werk der ‚Vermenschlichung‘ des Sozialismus vollenden zu können
 - Schröder: dem Kampf gegen US-Imperialismus ist mit dem Mauerfall das Hinterland weggefallen
 - Erst Putin ermöglicht für Schröders Stamokap-Politik neue Chancen
- „Schröders Schattenkanzlerschaft“; Behrenstr. 73; Wiese-Consult;

- Steinmeier übernimmt Schröders Job in der Bundesregierung
- Wandel durch Annäherung variiert durch Annäherung durch Verflechtung
- Steinmeiers Job: die von Merkel ohnehin selten gezeigte klare Kante zu verwässern
- Schröder taucht immer weiter in Putins KGB-Sumpf ein, um Nord Stream 1 zu verwirklichen, Nord Stream 2 (NS 2) zu retten
- Wirken des Tandems Schröder-Putin; Zitate:
 - o Moskauer Presse: „Westerweiterung des Systems Putin“, das darin besteht, dass Putin überall seine Vertrauten einsetzt
 - o Warnig; Treffen Schröder-Putin-Warnig in Berlin
 - o Warnig: Wachregiment des MfS, Ausbildung zum Ökonomen; Wirtschaftsspionage; unter Modrow Referent im Wirtschaftsministerium; wird von Dresdner Bank nach Petersburg geschickt; dort eröffnet er Filiale, wofür er Putins OK braucht; Entwicklung der Freundschaft Putin-Warnig; DreBa begleitet Börsengang von Rosneft;
- Weitere Stasi-Spione in Putins Imperium:
 - o Gornig (Gazprom Germania): Schattenkrieg um Anteile an zerschlagener DDR-Wirtschaft; Verbindung Gazprom/Wintershall gegen Ruhrgas AG
 - o Kampf mit Geheimdienstmethoden
- Schröder nicht der einzige Politiker, der nach aktiver politischer Karriere auf payroll des Kremls landet
- Gesamtstrategie des Kremls: macht sich Janusköpfigkeit zunutze → Beeinflussung und Unterstützung der politischen Ränder zur Destabilisierung des Westens
- Laschet verweist auf NRW-Unternehmen, die Handel mit Russland betreiben; Laschet: „marktgängiger Anti-Putinismus“, man müsse sich in den anderen „hineinversetzen“; in CDU überwiegt die Nähe zu Russland die kritische Distanz

6. Kapitel: Kern des Buches („toxische Beziehungen“)

- Kämpfe um wirtschaftliches Erbe der DDR
- Verteidigung durch die bekannten Stasi-Leute, die Rückhalt in russ. Staatskonzernen haben
- Sprung zu NS 2 als Kernstück sozialdemokratischer Entspannungspolitik, das Weil, Steinmeier etc. seit Annexion der Krim 2014 in Gefahr sehen
- Wer betreibt denn Revisionismus? Putin oder der Westen?
- Sozialdemokratische Rußlandpolitik erweist sich angesichts der politische Entwicklung als Anachronismus
- Merkel ist zwar bereit, Sanktionen zu verhängen, die Bitte der Ukraine um militärische Ausrüstung wird jedoch abgelehnt
- Eppler, Bahr, Dohnanyi: Verteidigung des russ. Rechts auf Einflusszonen
 - o Eppler: Putin möge sich bitte vom Westen und der Ukraine nicht auf der Nase herumtanzen lassen; Abspaltungen im Donbas sei durch die Polizei erfolgt;

- Putins Politik sei Ausdruck einer erfolgreichen Defensive
- Steinmeier: Liebedienerei, „wir wollen Russland nicht in die Knie zwingen“
 - Investitionen von Knauf u.a. nach Annexion der Ukraine
 - Bundesregierung hält an NS 2 fest, nach Krim, Syrien, MH17 usw. („privatwirtschaftliches Projekt“)
 - Warnungen vonseiten Polens und des Baltikums; Sanktionen der USA, Platzeck: USA wollten doch vor allem ihr Fracking-Gas loswerden; Projekt könne der Deeskalation in der Ost-Ukraine dienen;
 - Gabriel: Deutschland brauche mehr Gas, um die Energiewende zu schaffen (sic!)
 - NS 1+2 als Element der Klima-Allparteienpolitik, von der der neue Green New Deal des 21. Jht.s ausgehen soll;
 - Merkels Zurückhaltung wegen ihres Wahlkreises in Meckpomm
 - Deal: SPD trägt Sanktionen mit, Merkel unternimmt nichts gegen NS 2
 - Merkel kann sich nicht ganz von Russland trennen
 - 2017: Wiese treibt Spenden für den Wahlkampf von Schulz ein: „Abrüsten statt Wettrüsten“ (eigentlich. DKP-Slogan); Kampf gegen 2%-Ziel; Fahimi: Sozialpolitik vs. Aufrüstung;
 - Gabriels Yücel-Kampagne, um sich als Außenminister wieder ins Spiel zu bringen
 - Heiko Maas und innere Konflikte in der SPD; Maas lässt nach Skripal-Mordanschlag Diplomaten ausweisen; Umfrage von Wiese, um Maas in die Schranken zu weisen; es bleibt bei Symbolpolitik, keine Aufrüstung, keine entschiedenere Politik gegen Moskau; Tribunal der Parteiführung gegen Maas: Verrat der Grundprinzipien der sozialdemokratischen Ostpolitik
 - Schwenk Merkels: NS 2 nur fortsetzbar, wenn Transit durch ‚die‘ Ukraine geklärt sei;
 - EU-Politik der Diversifizierung, Trennung: Förderung/Transport/Vertrieb
 - Weil erklärt vor Schülern: international geht es immer um Interessen, nicht um Menschenrechte
 - Steinmeier nach Giftanschlag auf Nawalny: NS 2 Brücke zwischen Ost und West
 - Vorstand des Ost-Ausschusses und Klaus Ernst wenden sich gegen US-Sanktionen
 - ‚Russland-Tag‘ in Meckpomm; Deutsch-Russische Partnerschaft, SELLERING, Schwesig, Geue, Pegel etc.
 - Klimastiftung; Stasi-Mitarbeiter als NS 2-PR-Berater...
 -

Diskussion

Mr: Es stellt sich die Frage, ob Schröders Politik, wie üblich, auf Korruption zurückgeführt wird oder auf seine politisch-ökonomischen Vorstellungen (Stamokap) zurückgeht; warum hat niemand opponiert? Inwiefern war Schröders Politik im Einklang mit wesentlichen ökonomischen Interessen des dt. Kapitals? Ich bezweifle, dass Laschets Äußerungen zu

Putin und zu Russland die Wahlniederlage bewirkt haben, höchstens geht es um ein paar Prozente. Stark finde ich, die Kontinuität der SPD-Führung darzustellen von früheren Jusos bis zu den späteren Bundesvorsitzenden. Propagandistisch gut nutzen lässt sich die Nähe der SPD-Äußerungen zu den politischen Vorstellungen der DKP. Wie wurde es geschafft, alle Verantwortung abzuleugnen, auch um eine mögliche Wiederauflage vorzubereiten? Propaganda bedient sich antiamerikanischer und antisemitischer Irrationalismen und einer verschwörungstheoretischen Medienfeindschaft.

U: Mir wurde beim Lesen des Buches schnell klar, dass man zu verschiedenen Punkten eigene Recherchen betreiben müsste; mir wurde klar, dass ich nicht mehr als eine ausführlichere Inhaltsangabe schaffen würde; mir ist aufgefallen, dass es in der Nachkriegszeit eine Differenz gibt: Bedeutung der Ruhrgebiets-Industrie nimmt ab; der Konflikt zwischen der Ruhr-Stahlindustrie und der BASF-Chemie-Industrie zieht sich durch die gesamte Nachkriegsgeschichte; BASF haben enorme Verluste in Sibirien eingefahren, ihre Investitionen sind weg; die Ruhr-Industrie hatte dabei den richtigen Riecher, sodass sie sich gegenüber der BASF zurück gehalten haben; hinzukommt, dass das Erdgas für die Chemieindustrie bedeutender Rohstoff ist; der nächste Punkt ist der Feuilletonismus: diesen werfe ich dem Buch nicht vor, sondern habe ihn nur als Genre benannt; ich habe nicht gesagt, dass Merkel eine klare Kante gezeigt hat, sondern dass Maas gegenüber Steinmeier eine Außenpolitik mit klarer-er Kante als der seines Vorgängers verfolgt hat; die Ökonomie wird in dem Buch personalistisch behandelt, indem ausschließlich das Vorgehen bestimmter Akteure nachvollzogen wird.

Mr: Ich bin mir nicht sicher, ob man aus den Rhein-Ruhr-Chemie-Differenzen viel erklären kann, da erstere ja auch stark im Russlandgeschäft aktiv sind. Aber aufgeworfen hatte Mt ja die Frage, welche Bedeutung Russland für das deutsche Gesamtkapital hat. Russland hat immer schon eine Rolle als Energie- und Rohstofflieferant für das rohstoffarme Deutschland gespielt; es gibt ja in letzter Zeit Publikationen, die an der Ostpolitik angreifen; dass die Deutschen Geschäfte mit der SU machen und die russische Armee aufrüsten helfen, aber gleichzeitig vom Schutzschirm der USA profitieren; man hielt immer daran fest, die Amerikaner für die Sicherheit sorgen zu lassen, selbst aber Geschäfte mit Russland zu machen; es sind lange Kontinuitäten, die sich bis heute durchziehen; die Vorstellung Hitlers die Ukraine sei nur ein „geographischer Begriff“ deckt sich mit den Anschauungen Helmut Schmidts, Putins und auch der russischen Liberalen.

[Diskussion von Sinn und möglicher Form einer Kampagne für einen Untersuchungsausschuss, der die Verflechtungen der deutschen Politik mit dem Putin-Regime aufarbeitet]

3

Brainstorming

(An die Teilnehmer unseres gestrigen Arbeitstreffens)

Als ich jemandem von unserer sonntäglichen ‚ZK‘-Sitzung erzählt habe, assoziierte dieser den Begriff „**Untersuchungsausschuß**“, über den bei uns diskutiert worden war, spontan mit „**Russell-Tribunal**“, obwohl er sich seinerzeit im Unterschied zu mir geweigert hatte, an diesem Projekt teilzunehmen. Ja klar, „**Russell-Tribunal**“! Warum war ich beim Stichwort „**Untersuchungsausschuß**“ nicht selbst auf diese Idee gekommen? Wohl auch, weil ich diese Phase meiner politischen Vergangenheit ganz einfach verdrängt habe!? Bertrand Russell, Kollege von Wittgenstein, Pazifist usw., diente seinerzeit als das ‚Wappentier‘ der ‚Friedensbewegung‘ in ihren ‚anti-kapitalistischen‘ Kampagnen gegen ‚den USA-Imperialismus‘! Aber wenn wir diesen üblen Beigeschmack – und manch anderes mehr – von diesem Label abziehen, bliebe Tribunal immer noch als eine gute Idee übrig: und anstelle von „**Russell**“- ein Anti-Putin-Tribunal, das an den bereits vorhandenen Untersuchungen zu den russischen Kriegsverbrechen u.ä. andocken könnte!

Wäre außerdem noch hinzufügen, daß ich als Teilnehmer an dieser ‚Massen‘-Bewegung den mir heute absurd erscheinenden Versuch unternommen hatte, dieser gegen ihren Pazifismus und ihre Anbiederung an die ‚westdeutsche Bourgeoisie‘ eine „**antiimperialistische**“ Stoßrichtung geben zu wollen. Denn das Russell-Tribunal war vor allem Antithese und Ergänzung zu „**Stammheim**“, wo „**der BRD-Imperialismus**“ seinerseits ein Gerichtsverfahren gegen die RAF veranstaltete. Aber anstatt dieses gegen ihre Veranstalter zu „**drehen**“, beschränkte sich die RAF darauf, ausschließlich die „**Vernichtung**“ der „**politischen Gefangenen**“ anzuprangern und den „**bewaffneten Kampf**“ durch ihre Hungerstreiks in gewisser Weise fortzusetzen. Im Stil erinnert das nicht zufällig an ‚Extinction Rebellion‘, worüber in der Presse längst spekuliert wird...

Und um auf den Kern meiner Idee zurückzukommen: ein Tribunal! Nur diesmal gegen Putins faschistischen Krieg in ‚der‘ Ukraine, wo die ukrainische Armee – und da es sich nach Clausewitz um einen Volkskrieg handelt – auch weibliche Kämpfer ihr Leben für die Verteidigung der Souveränität ihrer Nation einsetzen – *und* für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität der europäischen Nationen! Was nur den Allerwenigsten klar zu sein scheint und wogegen Putins ‚Friedenskämpfer‘ à la Wagenknecht, Schwarzer, Habermas und Konsorten ihre klassischen pazifistischen Verwirrspiele in Szene setzen. Der Unterschied zu „**68**“ bestünde dann darin: Während die Stammheimer Gefangenen in ihrem Prozeß so gut wie kein Interesse zeigten, diesen in ein politisches Fanal gegen den Vietnamkrieg (und dessen Folgewirkungen), zu verwandeln, d.h. ihn als politischen Prozeß zu füh-

ren – wozu ihre „**Zwangverteidiger**“ bei Strafe ihres Ausschlusses aus dem Verfahren im Endeffekt lediglich im Rahmen der StPO etwas beitragen konnten, d.h. sich auf die Haftbedingungen und die dagegen organisierten Hungerstreiks der (politischen) Gefangenen beschränken mußten –, reduzierten die Stammheimer ihre Prozeßstrategie, quasi in Fortsetzung des ‚bewaffneten Kampfes‘, auf die Androhung ihres Selbstmords durch einen Hungerstreik, was schon damals den Eindruck einer Fremdbestimmtheit ihrer Politik erzeugte..!

Also ein Tribunal! und anstelle von Russell oder Stammheim: Völkerrecht, UN-Charta, Selbstbestimmungsrecht der Nationen etc., Rechte, die ‚der‘ Ukraine vom Neuen Zarentum grundsätzlich verweigert werden. Damals: die (im Gerichtssaal nicht stattgefundene) Auseinandersetzung über den laut Kriegsvölkerrecht – analog zu dem rein theoretisch von den Stammheimern zu beanspruchen gewesen Status von Guerilla-Kämpfern – wofür die westdeutsche Linke aber kein Ohr hatte! Und wenn heute in einem größeren historischen Kontext vermutet werden darf, daß die Institutionen, denen Putin in seiner Dresdner Zeit angehörte, in einem nicht näher zu bestimmenden Zusammenhang mit den Stammheimern standen (Belton geht in ihrem Buch („**Putins Leute**“), um keinen Verleumdungsprozeß gegen ihren Verlag zu riskieren, nicht auf Details ein), würde ein Tribunal dem von uns zu diskutierenden Projekt zweifellos die zusätzliche Tiefenschärfe geben und überdies verhindert werden, daß wir ausschließlich auf dem Level des Tübinger Osteuropa-Historikers argumentieren (siehe meine Sonntag Abend weitergeleitete E-Mail *), – warum sollte er sich auch anders denn als Historiker outen, der in diesem post aber nicht nur seine Forschungsergebnisse über Ukrajina ausbreitet, sondern auch klare Kante gegen Putins Lügenkonstrukte über deren Status etc. und gegen Putins faschistischen Krieg bezieht, wenn auch beschränkt auf den ‚Rahmen‘ von EU, Völkerrecht, Verfassung (die sich bei uns ‚Grundgesetz‘ nennt) etc., d.h. all jene ‚westlichen‘ Errungenschaften, die von Putin und seinen Schergen von vornherein geleugnet werden, um an deren Stelle eine faschistische Nachkriegsordnung Europas anzusteuern! Gegen diese mögliche Entwicklung hat sich der Professor in seinem post klar geoutet, womit er sich objektiv zum Teil der politisch noch nicht existierenden ‚Einheitsfront‘ (ein besserer Begriff fällt mir erst mal nicht ein) gegen das faschistische Imperium Putins erklärt hat (was einzusehen manch einem westdeutschen Linken ausgenommen schwer fällt); und weil dieser Prof. mit seinem post (gemeinsam mit den wenigen Mitstreitern innerhalb seiner Zunft) eindeutiger und klar die Kante gegenüber Putin gezogen hat, wird er um so mehr den politischen Anfeindungen der Moskau Connection, der westdeutschen Linken und einiger Kollegen ausgesetzt sein. Von daher ist er als ein politischer Verbündeter gegen den Putin-Faschismus zu betrachten, während wir seine politischen Borniertheiten ja nicht unbedingt teilen müssen.

Aber meine Story geht noch weiter...: mit einem Tribunal würden wir auch an der Kulturre-

volution der 60er und 70er Jahre anknüpfen und ihm den erforderlichen drive geben. Wir würden aus der chinesischen Kulturrevolution lernen, daß wahrscheinlich auch die Freunde Putins versuchen werden, Projekte wie dieses, im Falle ihres Erfolgs durch gezielte Übertreibungen in ihr Gegenteil zu verwandeln und den Gedanken zu verwässern, daß in Anlehnung an einen Ausspruch Napoleons die Teilnehmer einer revolutionären Massenbewegung den ‚Marschallstab im Tornister tragen‘, deren Entfaltung durch Elitarismus gebremst wird. Also: Massenbewegung gegen den putinistischen mainstream und gegen die ‚anti-putinistischen Heuchler! Diese neue Kulturrevolution hätte im übrigen auch Auswirkungen auf die ‚Nachgeborenen‘ der Ex-DDR, deren **„Errungenschaften“** in ihren Köpfen noch fortwuchern, die aber auf Grund der (inzwischen ‚tradierten‘ und bereits an die nächste Generation weitergegebenen) negativen Erfahrungen, die sie mit dem ‚Realen Sozialismus‘ machen mußten, ihr Verhältnis zum Putin-Regime eindeutiger als die elitären Wessis bestimmen werden. Außerdem gleicht die heutige BRD in ihrer ‚Bevölkerungsstruktur‘ ‚kulturell‘ inzwischen dem Staat Israel und seinem israelisch-arabischem Dualismus, an dessen Förderung der Putinismus auch hier von Anfang an beteiligt war.. Also allüberall Kulturrevolution! Und vielleicht stünden unserem Tribunal gerade auf diesem Gebiet dann auch die härtesten Auseinandersetzungen mit denjenigen bevor, die es nur allzu gern entgleisen lassen würden!

Wenn wir also ausgehend von dem vorgeschlagenen Untersuchungsausschuß ein solches Tribunal in den Mittelpunkt stellten, ließe sich der kulturrevolutionäre Anspruch nicht mehr davon trennen; wodurch i.ü. verhindert würde, daß der Putinismus als Vorspiel für seine militärischen Angriffe im ‚Westen‘ politische Eroberungen macht und seine Quislinge dafür sorgen, daß seine Firma in allem ihre schmutzigen Finger drin hat. Schließlich würde in meiner Analogie zu ‚68‘ sich die hypothetisch angenommene Massenbewegung durch ihre Verbindung mit einer Kulturrevolution taktisch auf der **„inneren Linie“** bewegen, wodurch sie bestimmen könnte, wo sie jeweils ihre Angriffe startet.

Ich hoffe, ich habe uns keinen heiligen Schrecken eingejagt, vermute aber, soweit ich mir unsere sonntägliche Diskussion noch einmal vor Augen führe, das Gegenteil. So viel erst mal zu unserem Kampf gegen das Neue Zarentum angesichts der bevorstehenden Ausweitung des faschistischen Krieges gegen Ukrajina auf das restliche Europa, sowie unsere Diskussionen darüber, wie diesem politisch etwas entgegenzusetzen ist, nachdem von der Moskau Connection in der Nach-Wendezeit versucht wurde, Deutschland in einen absolut wehrlosen Zustand zu versetzen und sich ausschließlich damit zu beschäftigen, Rußland in die ‚Friedenspolitik‘ des westdeutschen Kapitals ‚einzubinden‘. Si vis pacem para bellum!

Grüße

U.

Nachbemerkung:

Mag sein, daß sich mein Tribunal-Vorschlag als der komplette Blödsinn erweist und wir uns etwas besseres einfallen lassen müssen. Auf jeden Fall sollten wir vermeiden, uns von vornherein und in herkömmlicher Weise auf den klassischen Parlamentarismus einzulassen. M.u.E. haben das, soweit das „**unsere Partei**“ betraf, vermieden. Spätestens seit dem Sieg der Lassalleaner auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag hatten sie damit immer weniger zu tun. Wenn also „**Untersuchungsausschuß**“, was ich grundsätzlich für eine gute Idee halte, dann müßten seine Realisierungsmöglichkeiten unbedingt mit so etwas wie einem außerparlamentarischen Tribunal verbunden sein. Das beträfe im übrigen auch Überlegungen zur Beteiligung der kulturevolutionären Massenbewegung an der ‚Landesverteidigung‘...

^{*)} U an H (23.04.2023)

Lieber H, ich komme erst jetzt dazu, Dir für den Link zu danken. Habe ihn (...) gerade angeschaut, weil es davor ein anstrengendes Arbeitstreffen gab. Was RU betrifft, ist der Prof. sehr gut informiert. Auch zu UKR hat er einen klaren politischen Standpunkt. Wenn man sich in einer Einheitsfront gegen den Faschismus befindet (siehe Spanien 30er Jahre), muß man notgedrungen bei seinem Verbündeten bestimmte Dinge (manches, was über UKR und RU hinausgeht) nun mal relativieren. Das ändert aber erst mal nichts an der Hauptstoßrichtung: gegen Putins Faschismus und den seiner Kumpane und Verbündeten.

Grüße

<https://youtu.be/6GqWDhHzRdo>

4 Stichworte und Fragmentarisches

1.0 Stichworte

Dieses Nachwort, in dem mein Abschied von unserem g Projekt pM plus ccb erklärt wird, ist kein Schlußwort. Die Orientierung von pM an den post-89er SED-Nachfolgern war mit dem ‚Marxismus‘ als Maßstab und der Selbstbeschränkung auf die Kritik als einfacher Negation ein Fehler, der sich nun rächt. Der ‚Marxismus‘ läßt sich weder reformieren noch revolutionieren. Er macht keine Fehler, sondern ist der Fehler!

1.1 BRAINSTORMING mag sich als Sackgasse herausstellen; aber die darin angestellten Überlegungen sind durchaus noch brauchbar, um sie fortzuentwickeln: Unsere Solidarität mit Ukrajina würde ohne Rückbezug auf die politischen Verhältnisse in Deutschland bzw. das ‚Westliche‘ Europa zu einem leeren ‚Antiimperialismus‘ werden (nach dem Schema: **„Waffen für Nicaragua!“**) und darin stecken bleiben.

1.2 Anstelle des wieder aufgewärmten Russell-Tribunals schlage ich als Slogan die **„Mutterrechts- und Vaterlandsverteidigung Europas“** vor. Ein Vorschlag, der wegen der in ihm steckenden Ironie und Polemik aber nicht unser letztes Wort sein muß. Zwar fällt mir spontan erst mal kein passenderer Name ein; an der mit ihm verbundenen politischen Absicht halte ich fest.

2.0 Militärisches

Die linken Grünen und die grünen Linken mußten einsehen, daß sich um den nicht mehr wegzuinterpretierenden genozidalen Charakter der Menschenjagd auf die Bewohner von Bucha durch die Russischen Armee nicht mehr ‚antifaschistisch‘ drum herumreden ließ. Dieser wäre allerdings ohne die schwere Niederlage, die Putin vor Kyjiv durch die AFU hatte einstecken müssen, einfach, wie sonst üblich, vertuscht worden. Zwar hätte der ‚westlichen‘ Linken auch weiterhin eher der Sinn nach ‚solidarischer‘ Unterwerfung unter die anti-‚westliche‘ (= ‚anti-kapitalistische‘) Weltmacht Rußland gestanden, verbunden mit der Perspektive einer linken Quisling-Partei, und eher nicht nach einem Volkskrieg à la Clausewitz. Aber seitdem Putin seinen faschistischen Krieg von einzelnen Massakern auf kollektiven Völkermord umgestellt hat, also: Beschießung der ukrainischen Städte und Dörfer (u.a. mit Schiffsraketen), systematische Zerstörung der Infrastruktur (E-Werke, Staudämme), der wirtschaftlichen Basis (verminte Äcker, zerbombte Getreidesilos) usw., ist der Abnutzungskrieg gegen die ukrainische Armee zum Abnutzungskrieg gegen das Ukrainische Volk geworden: Genozid plus systematische Zerstörung der Existenzgrundlage der Ukrainer.

2.1 Aber das spontane Entsetzen des ‚Westens‘ über den ‚Ukrainekrieg‘ schien in Deutschland lange Zeit politisch folgenlos zu bleiben, auch weil ‚Putins Leute‘ auf der Rechten wie der Linken, jeweils von einer kalten Machtergreifung laut träu-

mend, ihr klassisches Zwei-Rechts-Zwei-Links-einen-fallen-lassen-Strickmuster weiter systematisch vorantreiben, um die politische Öffentlichkeit ‚anti-faschistisch‘, ‚anti-rassistisch‘, ‚anti-sexistisch‘ usw. usf. ad libitum zu teilen und zu beherrschen. Aus Wagner wird Wagenknecht! Rechter und Linker Faschismus in *einem* Waschgang! Nicht nur weil sich gezeigt hat, wie beide, in der ‚Ukraine-Frage‘ einander nicht nur prima ergänzen, sondern auch voneinander abhängig sind und einander brauchen, um in diesem Zusammenspiel step by step die Beseitigung des bürgerlichen Rechts im Nach-Wende-Deutschland in die Wege zu leiten, und die rule of law von beiden Seiten in die Zange nehmend, ‚den‘ Kapitalismus – als rein ‚westliche‘ Erfindung – mit der Unterstützung des ‚Globalen Südens‘ – auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen: ‚Schaffen wir zwei, drei, viele... ‚Wagner-Republiken‘!

- 2.2 Die westlichen Politiker, die Bucha besuchten, einschließlich der deutschen, erklärten als spontanen Ausdruck ihres Entsetzens, daß die Verteidigung ‚der‘ Ukraine von nun an eine europäische Angelegenheit sein werde, was sie durch ihre (allerdings bisher nicht kriegsentscheidenden) und allzu zögerlichen Waffenlieferungen unterstrichen; nicht zuletzt auch, um den Fuß in der Tür zu behalten, die sich für den Wiederaufbau des Landes und eine neue Export-Offensive irgendwann wieder öffnen wird. Daß mit dem 24.02.22 ein Weltkrieg begonnen haben könnte, daran möchte bisher niemand so recht denken. Noch weigern sich die Europäer, sich einzugestehen, daß die Zukunft Europas in ‚der‘ Ukraine entschieden wird; und zwar mit ähnlichen weltgeschichtlichen Folgewirkungen wie der ominöse Abzug der Mongolischen Armeen 1241 aus Ungarn und Polen oder das Aufeinandertreffen von Sowjet-Russen und US-Amerikanern 1945 an der Elbe. Der ukrainische Präsident scheint als einziger europäischer Politiker die ganze Tragweite dieses Krieges begriffen zu haben, wenn er dem ‚Westen‘ immer wieder erklärt, daß die Ukrainer, indem sie sich selbst verteidigen, (das ‚westliche‘) Europa verteidigen. Das müßte den Europäern eigentlich nach dem 24. Februar 2022 klar geworden sein – nachdem sie das russisch-iranische Lehrstück des Völkermords an den im ‚Arabischen Frühling‘ die ‚westliche‘ Demokratie für sich einfordernden Syrern noch cool an sich abtropfen ließen –, daß die Verteidigung Europas (2015 gegen Assads islamo-faschistische Killer im Pariser Bataclan) gegen die ihm drohende eurasische Sklaverei nur als aktive Verteidigung und gemeinsam mit Ukrajina erfolgen kann. Diese Lektion haben Balten, Polen und Skandinavier schneller als alle anderen begriffen, woraus folgt, daß die haltende Verteidigung von Ukrajina (modo Scholz) nicht hinreichend ist, um zu verhindern, daß Putin mit seinem faschistischen Projekt durchkommt. (No pasarán!) Und daß die deutsche Regierung in Erfüllung ihrer Schwüre von Bucha ihre halbherzige, halb entschlossene Verteidigungsposition ‚zur‘ Ukraine aufgeben muß! Verglichen damit war die Ausrufung der »**Zeitenwende**« ein fake, der zur eigenen Selbstbeschwichtigung in die Welt gesetzt wurde, um sich selbst nicht allzu ernst nehmen

zu müssen. In der Rede des Kanzlers bei seinem Besuch in Prag (29.08.22) heißt es sibyllinisch: **»Daher unterstützen wir die angegriffene Ukraine: wirtschaftlich, finanziell, politisch, humanitär und auch militärisch. Hier hat Deutschland in den letzten Monaten grundlegend umgesteuert.«** Hat es das wirklich? Dagegen sagt das Anhängsel **»...und auch militärisch«** eigentlich alles über die Entschlossenheit, mit der der deutsche Beitrag gegen die den Europäern drohende eurasische Sklaverei vorangetrieben werden soll, nachdem ausschließlich Putin das Militärische an die erste Stelle gesetzt hat. Wirtschaft, Finanzen, Politik... – von unserer Humanität wollen wir besser schweigen! – dienen hier weniger der von Linken Grünen und Grünen Linken blockierten Kriegswirtschaft, dafür fast ausschließlich der sozial-ökologischen Bewältigung der ihrem Höhepunkt zutreibenden Weltwirtschaftskrise. Der von Scholz geträumte Wachtraum vom **»Wiederaufbau des zerstörten Landes, der eine Kraftanstrengung für Generationen wird«**, muß für die Europäer zum Albtraum werden, wenn es ihnen nicht *gemeinsam* mit den Ukrainern gelingt, in einer militärischen „**Kraftanstrengung**“ Putin vor die Tür zu setzen! Die Gebetsmühle des Kanzlers: Deutschland werde ‚der‘ Ukraine (wie einem Ertrinkenden?!) solange Hilfe leisten, wie dies erforderlich sei, ist zum Anachronismus geworden. Die Zeiten des ‚Wandels durch Handel‘ sind vorbei (sich daran praktisch zu beteiligen wurde in der EU inzwischen zur Wirtschaftsstraftat)! Die von Rußland im Februar 2022 vollzogene **»Zeitenwende«** bedeutet die Rückwendung Moskaus zum Expansionismus und zur Knutokratie des Russischen Zarentums, zum zaristischen Sozialismus Stalins in Kombination mit dem ir-real-bürokratischen Sozialismus seiner Nachfolger. Deutschlands dynamische Ost-Politik ist von Putins ‚militanter‘ ‚West‘-Politik mit dem Hauptangriffsziel Europa zu Grabe getragen worden. Ende der „**Zeitenwende**“!

3.0 H i s t o r i s c h e s

Offenbar hatte es erst der Mutation von der irgendwie immer noch ‚antifaschistischen‘ ehemaligen Sowjetunion zu einem offen faschistischen Terrorstaat in den Köpfen der Europäer bedurft, um sich vollends klarzumachen, daß die Russische Föderation einen Nachbarstaat ohne die sonst übliche ‚realsozialistische‘ Verbrämung überfallen hatte und einen solchen Überfall auch allen anderen Nachbarstaaten androht – über Tschetschenien und Georgien gingen die Europäer noch gnädig hinweg –, daß selbst die ‚Kinder (und Enkel) von Marx und Coca Cola‘ inzwischen auch für das auf ewig faschistische Deutschland die ‚Vaterlandsverteidigung‘ akzeptieren, die früher von ihnen nur den Ländern der ‚Dritten Welt‘ im Kampf gegen den US-Imperialismus zugestanden wurde. Für die marxistischen ‚Freunde der Arbeiterklasse‘ galt der Satz im *Manifest der Kommunistischen Partei* **»Die Arbeiter haben kein Vaterland«** als absolute Wahrheit und bürgerliche Revolutionen in ‚den Metropolen‘ grundsätzlich als Sache der Bourgeoisie. Das mochte Mitte des 19. Jahrhunderts für England, wo sich der industrielle Kapitalismus relativ ungehindert zuerst entwickelt

hatte, vielleicht zutreffen, für das Habsburgische Kaiserreich beispielsweise nicht mehr, wo die Wiener Arbeiter, Handwerker und Studenten 1848 den Kaiser in die Flucht geschlagen und den revolutionären Flügel der Bourgeoisie gezwungen hatten, ein Parlament wählen zu lassen, das eine Verfassung ausarbeitet, worin auch die politische Neudefinition Österreichs hätte erfolgen sollen, wozu als zentralem Punkt die Lostrennung Ungarns von Österreich gehört hatte. Als der Befreiungskampf der Ungarn vom Russische Zarentum 1849 brutal niedergeschlagen wurde, war das zugleich das Signal für die europäische Konterrevolution, um allen bürgerlichen Revolutionen in Europa das Genick zu brechen. (Der entscheidende Grund dafür, daß Marx und Engels Zeit ihres Lebens die europäischen Arbeiter vor der aggressiven Militanz des russischen Zarentums gewarnt und dieses zum Hauptfeind der Arbeiterbewegung erklärt hatten.) Zwar kann man laut *Manifest* den Arbeitern »**nicht nehmen, was sie nicht haben.**« Und daher lassen sie sich weder – wie die mittelalterlichen Bauern – in die Bruderkriege der Feudalherren und der Bourgeoisie mit ihren feindlichen Gegnern und Konkurrenten hineinlocken, noch dafür vereinnahmen, sich mit jedem ‚Feind ihres Feindes‘, also auch mit der Feudalklasse *gegen* die Bourgeoisie oder mit dem faschistischen Aggressor gegen die Nation, die »**sie nicht haben**«, einzulassen oder gar zu verbünden. Also genau das, was die rechten und linken Putinisten (AfD und Wagenknecht), mit ihrer ‚anti-kapitalistischen‘ Politik und mit dem Sturz der ‚westlichen‘ Demokratie im Namen der ‚Arbeiterklasse‘ und des ‚Sozialismus‘ vorhaben. Kapitalismus ohne bürgerliche Demokratie funktioniert nicht, er wird zur Karikatur seiner selbst und zum Albtraum derer, die unter ihm leben und arbeiten müssen; er wirft die »**die Arbeiter**«, gerade weil sie »**kein Vaterland**« haben, als revolutionäre Klasse in ihrer Entwicklung weit hinter den von ihnen bereits erkämpften Ausgangspunkt zurück.

- 3.1 Sollen sich die ‚westlichen‘ Europäer und die Deutschen wie die Friedenslämmer vom Putin-Regime abschlichten lassen und zusehen müssen, wie ihre Kinder zu echten Russen umprogrammiert, ihre zwangsrekrutierten Söhne durch den Fleischwolf der russischen Armee gedreht, ihre Frauen vergewaltigt und die Männer nach Sibirien verschubt werden und da, wo sie bisher gelebt haben, Russen ‚angesiedelt‘ werden? In dem von Putin zerstörten Mariupol findet all das bereits statt! (Ja, ich weiß, diese Aufzählung hat den gewissen haut-goût von anti-sowjetischer Nazi-Propaganda, die aber wortwörtlich denjenigen Maßnahmen entspricht, die im Namen des ‚Antifaschismus‘ in den von Rußland besetzten Teilen von Ukrajina im Rahmen der Putinschen Russifizierungspolitik stattfinden, einer kaum mehr zu übersehenden Kopie jener Maßnahmen, die die Nazis in den von ihnen besetzten Ländern Osteuropas seinerzeit praktiziert haben. Putins panslawistische Rassenpolitik reist auf dem Ticket der angeblichen Unmöglichkeit eines solchen Vergleichs und der Einzigartigkeit des Siegs der Roten Armee über Hitler. Diese Unvergleichbarkeit (Singularität)

verblaßt mit jeder weiteren Meldung über die Durchführung des Genozid Rußlands an der nicht-russischen Bevölkerung in seinem Nachbarland.

- 3.2 Der Erfolg der faschistischen Propaganda des Putin-Regimes steht und fällt mit der in unseren antifaschistischen ‚westlichen‘ Köpfen tief verankerten Denkmöglichkeit, die sich aus dem verbotenen Umkehrschluß ergibt – einmal antifaschistisch, immer antifaschistisch, bzw. einmal Nazi, immer Nazi! Die radikale europäische Rechte (FR, IT, UNG) wird zwar niemals links werden, die radikale Linke (FR, IT, SP) aber durchaus rechts.

4.0 P o l i t i s c h e s

Das von der Anti-Hitler-Koalition 1945 geschlagene Deutsche Reich, das die Kontinuität des Bruchs des Nazi-Imperiums mit dem Bismarck-Reich von 1871 und der Weimarer Republik von 1918 verkörperte, die erforderlich war, damit Deutschland 1933 auf ‚legalem Wege‘ in einen völkischen Staat verwandelt werden konnte, wurde nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus 1949 in seinem west-östlichen Kernbestand in zwei deutsche Staaten gespalten, die nach dem Verzicht der Vier Alliierten auf ihre Vorrechte in Deutschland und der ‚Wiedervereinigung‘ der beiden deutschen Staaten die Bundesrepublik Deutschland konstituiert haben (2+4-Vertrag). Der ursprünglich von allen Beteiligten angestrebte Friedensvertrag mit dem anti-faschistisch-demokratischen Deutschland scheint sich damit erübrigt zu haben. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich alle am Zustandekommen des 2+4-Vertrags Beteiligten an seine antifaschistisch-demokratische ‚Geschäftsgrundlage‘ halten werden.

- 4.1 Seit der gewaltsamen Erschütterung der bis Februar 2022 von allen Beteiligten eingehaltenen europäischen Friedensordnung durch das Putin-Regime droht dem aus dem Vertrag der 4 Alliierten in Bezug auf Deutschland als Ganzem verabredeten post-89er Deutschland erneut die Spaltung. ‚Deutschland, einig Vaterland‘ war ein fake, weil in dieser Parole ausgespart blieb, ob diese Einheit auf der Grundlage von 1848 oder 1918 hätte erfolgen sollen und falls auf der Grundlage von 1918, ungeklärt blieb, ob der von der SED reklamierte Marxismus sich noch auf Marx hätte berufen können, der das copyright an seinem Namen unter den politischen und persönlichen Vorbehalt gestellt hatte, selbst kein Marxist sein zu wollen!
- 4.2 Seit der Erschütterung der ‚europäische Friedensordnung‘ durch den Überfall der Russischen Föderation auf ‚die‘ Ukraine ist die prinzipielle Geltung der zwischen den Siegermächten nach ihrem Sieg über den Hitler-Faschismus im 2+4-Vertrag getroffenen Vereinbarungen erneut hinfällig und die Gefahr einer erneuten Spaltung des wiedervereinigten Zwei-plus-Vier-Deutschlands akut geworden. Das alles in Frage zu stellen, wird sich das Putin-Regime aber schwer überlegen müssen, weil sich ein solcher Coup nicht ohne die Zustimmung seines Hauptkonkurrenten auf dem eurasischen Kontinent in seinem Rücken, die VRChina, durchführen lassen wird. Welchen

Weg Putin einschlagen wird, hängt daher entscheidend von der Vertreibung des russischen Eroberers von ukrainischem Boden und von der Verhinderung einer Eingemeindung ‚der‘ Ukraine in das neo-zaristische Imperium durch den militärischen Widerstand der ‚westlichen‘ Europäer, einschließlich Ukrajinas, ab.

- 4.3 Und um schließlich noch einmal auf unser BRAINSTORMING zurückzukommen: für die moskowitzische Linke (unter dem Banner der SED) war die Verteidigung der (bürgerlichen, nicht aber unbedingt der ‚westlichen‘) Demokratie schon immer ein Notnagel gewesen (vgl. VII. Weltkongreß der KI 1935), deren theoretische Begründung nicht über den Kantschen Idealismus und die christliche Ethik hinausreichte, was aber unter den Stalinschen Kraftworten nicht an die Oberfläche gedrungen war. Hierzu lohnte mit der Politik der Partei Marx im Hinterkopf das genauere Studium der Entwicklung der kommunistischen Arbeiterbewegung seit 1918 und der Geschichte ihrer Sowjetisierung (= Russifizierung) seit Mitte der 20er Jahre. Das aber wäre bereits ein anderes Thema...

Gepostet 23.09.2023